



Europäische Union

- Europa oder EU – ein Unterschied *Seite 8*
- Zukunft der EU nicht ohne linke Perspektiven! *Seite 9*



Das muss drin sein!

- Pflegenotstand stoppen! LINKE Forderungen zur Pflege *Seite 2*
- Hauptsache irgendeine Arbeit? *Seite 3*



Tag der Befreiung

- Gedenken in Eisenhüttenstadt *Seite 13*
- Woltersdorf: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! *Seite 16*

Pflegenotstand stoppen, 100 000 Pflegekräfte mehr – das muss drin sein!

Interview mit dem Vorsitzenden der LINKEN Bernd Riexinger zum Internationalen Tag der Pflege



Es herrscht Pflegenotstand. In den Krankenhäusern fehlen 100 000 Pflegekräfte. Der Personalmangel gefährdet die Gesundheit der Patientinnen und Patienten wie der Pflegekräfte. Die Bundesregierung schaut weg: DIE LINKE hat am 12. Mai, dem Internationalen Tag der Pflege, vor dem Gesundheitsministerium Minister Hermann Gröhe aufgefordert zu handeln. Foto: Martin Heinlein

Was ist mit Pflegenotstand gemeint?

Wer schwer erkrankt oder im Alter gebrechlich wird, braucht Pflege. Mittlerweile haben aber viele Menschen Angst davor, im Krankenhaus unzureichend behandelt zu werden, im Alter in einer Pflegeeinrichtung zu landen oder durch die Pflegekosten in den finanziellen Ruin zu geraten. Die Probleme in der Pflege sind

seit Jahren bekannt, sie lauten: gefährlicher Personalmangel und ein ungerechtes Zwei-Klassensystem.

Seit Jahren haben wir etwa in Krankenhäusern einen Pflegenotstand mit gefährlichen, zum Teil tödlichen Folgen: In Kran-



kenhäusern, in denen eine Pflegekraft sechs oder weniger Patienten zu versorgen hat, ist die Sterblichkeit der zu versorgenden Patienten um 20

Prozent niedriger ist als in den Häusern, in denen eine Pflegekraft mehr als 10 Patienten zu versorgen hat. Eine Krankenschwester in Deutschland versorgt im Schnitt 10,3 Patienten, in Norwegen sind es dagegen nur 3,8 Patienten. Kranken- und AltenpflegerInnen sterben im Schnitt 10 Jahre früher als andere Beschäftigte.

Aber in der Altenpflege sind die Zustände manchmal noch schlimmer?

Ja, das stimmt. Dazu kommt: Noch immer pflegen vor allem Frauen, Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter und Schwiegertöchter. Im Alltag kämpfen viele pflegende Menschen mit Dauerstress, Erschöpfung und Geldsorgen. Wir haben ein Zwei-Klassen-System in

der Pflege. Immer mehr Menschen können sich gute Pflege nicht leisten, müssen sich verschulden oder geraten in die Sozialhilfe. Das ist für ein reiches Land wie Deutschland ein Armutszeugnis.

Wie kann der Pflegenotstand gestoppt werden?

Gute Pflege ist ein Menschenrecht und für uns als LINKE nicht verhandelbar. Pflegekräfte, Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen finden in der LINKE die einzige Partei, die ein umfassendes Konzept gegen den Pflegenotstand hat. (siehe Kasten)

Kliniken und Pflegeeinrichtungen brauchen dringend mehr Personal. Wir fordern für die Krankenhäuser 100 000 Pflegekräfte mehr. Es braucht gesetzliche Vorgaben für eine Mindestpersonalbemessung, die sich am Bedarf und nicht an vermeintlichen Sparzwängen und Aktionärsrenditen orientieren. Ständig wird vom Fachkräftemangel in der Pflege erzählt. Aber wir müssen sehen, dass viele Pflegekräfte ihren Beruf wegen der Überlastung aufgeben müssen oder sich nach Alternativen umsehen. Die Arbeit mit den Menschen

muss endlich anerkannt, Pflegearbeit so bezahlt werden wie Facharbeit in der Industrie. Es kann auch nicht sein, dass die Pflegekräfte auf den Aus- und Weiterbildungskosten hängen bleiben. Das ist eine gesellschaftliche Aufgabe.

Wer soll das alles bezahlen?

Pflege darf nicht weiter zu einem Markt verkommen, auf dem die Profite mehr zählen als die Menschen. Wir wollen das Zwei-Klassen-System abschaffen und durch ein solidarisches Versicherungssystem ersetzen, in das alle gemäß ihres Einkommens einzahlen und das dann ausnahmslos alle erforderlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen übernimmt. Die Pflegeversicherung muss dringend zu einer wirklichen Vollversicherung ausgebaut werden, die die Kosten deckt. Statt immer weiter zu privatisieren, müssen Gesundheit und Pflege als Teil des Sozialstaats öffentlich organisiert und bedarfsdeckend finanziert werden. Das heißt für uns konkret: Multi-Millionäre mit einer Vermögensteuer zur Kasse bitten. Die Einnahmen sollen u.a. in die Stärkung der Krankenhäuser und in menschenwürdige Altenpflege fließen.

Weitere Informationen im Internet unter: <https://www.die-linke.de/kampagne/aktionen/100-000-pflegekraefte-mehr/>

DOKUMENTIERT

Pflegenotstand stoppen! Unsere Forderungen zur Pflege

Mehr Personal und gute Löhne in der Pflege

- **100 000 Pflegekräfte mehr für die Krankenhäuser – das muss drin sein!**
Wir fordern die Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung mit verbindlichen Personalquoten für die gesamte Pflege im Krankenhaus.
- **Für Pflegeeinrichtungen muss eine Fachkraftquote von 50 Prozent eingeführt werden.**
Aus-, Fort- und Weiterbildungen müssen für Pflegekräfte kostenfrei sein.
- **Die Arbeit mit den Menschen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden:**
Der Pflegemindestlohn muss ausnahmslos auf 14,50 Euro erhöht werden. Keine Pflegefachkraft darf unter 3000 Euro (brutto, Vollzeit) verdienen! Daher wollen wir Tarifverträge stärken, prekäre Teilzeit, Minijobs und Befristungen abschaffen und dafür neue, sozial abgesicherte Stellen in kurzer Vollzeit (rund um 30-Stunden/Woche) schaffen.

Gute Gesundheitsversorgung und Pflege für alle statt Zwei-Klassen-Gesellschaft

- **Eine solidarische Gesundheitsversicherung für alle Menschen:**
Alle – auch Beamtinnen und Beamte, Abgeordnete und Selbständige – zahlen entspre-

chend ihres gesamten Einkommens ein und alle erhalten eine gleichermaßen hochwertige medizinische Versorgung. Der Anteil für Arbeitgeber und Beschäftigte muss gleich sein. So werden alle entlastet, die unter 6 250 brutto verdienen: der Beitragssatz sinkt auf unter 12 Prozent. Die Zuzahlungen für Medikamente, Zahnersatz und Brillen werden sofort gestrichen.

- **Pflegende Angehörige entlasten:** Wir wollen die Pflegeversicherung zur solidarischen Vollversicherung ausbauen. Alle Pflegeleistungen müssen übernommen werden. Nur so können alle Menschen wirklich frei entscheiden, wo und von wem sie gepflegt werden wollen.

Menschen vor Profite

- Das **Fallpauschalen-System muss sofort abgeschafft** und durch eine bedarfsdeckende Finanzierung ersetzt werden.
- **Multi-Millionäre mit einer Vermögensteuer zur Kasse bitten.** Die Einnahmen sollen u.a. in die Stärkung der Krankenhäuser und in menschenwürdige Altenpflege fließen. Wir fordern ein Investitionspaket des Bundes, um die Kommunen bei der Rückführung privatisierter Krankenhäuser zu unterstützen und in der Altenpflege gemeinnützliche statt profit-orientierte Träger zu stärken.

Was hat DIE LINKE zum internationalen Tag der Pflege durchgeführt?

Schon im letzten Jahr haben wir den Schwerpunkt der Kampagne „das muss drin sein“ auf die Forderung nach 100 000 zusätzlichen Pflegekräften und Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung gelegt. Am 12. Mai wurden bundesweit kreative Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt. In Berlin haben wir den Bundesgesundheitsminister Gröhe besucht und ihm unsere Forderungen übergeben. Unterstützung bekamen wir dabei von einer übermenschlichen Pflegekraft. Eine große Stellfigur mit vielen Armen, die zeigt: Solange in der Pflege Personalmangel und Profitorientierung herrschen, brauchen Pflegekräfte übermenschliche Kräfte. Wir bleiben auch nach dem 12. Mai am Ball und werben im Bundestagswahlkampf für unsere Forderungen nach guter Pflege für alle und Anerkennung der Arbeit mit den Menschen. Eine starke LINKE ist der beste Garant dafür, dass die anderen Parteien den Pflegenotstand nicht länger ignorieren können.

DOKUMENTIERT

Hauptsache irgendeine Arbeit?

„Nein!“ sagt Betriebsrätin Kati Ziemer und kämpft an einer der größten Universitätskliniken Europas gegen Ungerechtigkeiten auf den Lohnzetteln bei der Charité-„Tochter“ CFM

Finde die Unterschiede! Diese Aufgabe stellt sich Kati Ziemer, Betriebsrätin in der Berliner Charité, seit Jahren. Das große Problem: Die Kolleginnen und Kollegen in der Charité werden nach Tarifvertrag entlohnt, nicht jedoch die in der Charité-„Tochter“ Charité Facility Management (CFM).

Kati Ziemer will das ändern. Sie will nicht nur die ungerechten Unterschiede finden (und anprangern), sie will diese beseitigen: Tarifvertrag jetzt!

Wie kam es zu diesen Unterschieden, wie kam es überhaupt zu der Charité-„Tochter“ CFM?

Der Haushaltsdruck in Berlin ist sehr groß. Um Kosten in Millionenhöhe zu sparen, beschloss der rot-rote Senat im Jahr 2005, aus der Charité ein Dienstleistungsunternehmen auszugründen – bestehend aus Charité-MitarbeiterInnen und Beschäftigten aus anderen Unternehmen.

An dem Tochterunternehmen CFM hält die Charité 51 Prozent und ein eigens gegründetes privates Konsortium 49 Prozent. CFM wurde von der Unternehmensberatung Roland Berger umgesetzt. Der Vertrag schreibt Einsparungen von zehn Millionen Euro jährlich vor.

Welche Bereiche wurden aus gegründet?

Alle nichtmedizinischen Dienstleistungen, alles, was nicht am Patienten, am Bett arbeitet: Krankentransport (obwohl das mit Patienten zu tun hat), Medizintechnik, Küche, Reinigung, Wäscherversorgung, Betriebstechnik ...

Früher erbrachten über 200 Firmen, darunter Kleinstbetriebe, Dienstleistungen für die Charité. Diese Mitarbeiter/innen waren nun in der CFM. Aus der Charité kamen über 1.000 sogenannte Gestellte hinzu: Techniker und einige Mitarbeiter/innen aus anderen Bereichen.

Was änderte sich für die „Neuen“ und was für die „Gestellten“?

Wir „Gestellten“ erkämpften für uns, mit dem Arbeitsvertrag bei der „Mutter“ Charité zu bleiben – bei Lohn und Urlaub änderte

sich für uns nichts, da dürfen sie nicht ran. Aber für neu Eingestellte änderte sich eine Menge.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus anderen Firmen kamen, gab es neue Arbeitsverträge mit individuellen Regelungen – oft „nach der Nase“ – zu Lohn und Gehalt, Urlaub und Zuschlägen.

Warum ließen die Kolleginnen und Kollegen der anderen Firmen das mit sich machen?

Weil sie nicht wussten, wie es weitergeht. Nur wenige von ihnen wehrten sich gemeinsam, erfolgreich.

Wie sieht die Struktur von CFM 2015 aus?

CFM hat 2.600 Beschäftigte, darunter noch 600 „Gestellte“. Wenn jemand in Rente geht und der Arbeitsplatz neu besetzt wird, dann ohne tarifvertragliche Regelungen.

Vielleicht ein paar Lohnvergleiche ...!

Für die Reinigung in der Normalstation erhalten CFM-Beschäftigte rund 1.620 Euro – 666 Euro weniger als im öffentlichen Dienst, die Küchenhilfen bei CFM bekommen mit Sonderzahlung ca. 1.529 Euro – ebenfalls 666 Euro weniger, im Kranken- und Wirtschafstransport rund 776 Euro weniger, bei der Sicherheit 654 Euro weniger als im öffentlichen Dienst der Charité.

Als Gewerkschafter legen wir großen Wert darauf, wieder tarifliche Bedingungen zu schaffen. Es kann nicht sein, dass gute Arbeit, die bisher dem Tarifvertrag unterlag, auf einmal mit 30 Prozent weniger vergütet wird.

Bei einfachen Tätigkeiten, wie in der Reinigung, bei Gärtnern oder Sterilassistenten, muss keine Ausbildung vorhanden sein. Ungelernte werden eingestellt als Hilfskräfte und vergütet mit 8,50 Euro Mindestlohn, und das war's! Grundurlaub nach Gesetz, mehr nicht. Fachkräfte werden zwar gern genommen, aber nicht als Fachkräfte bezahlt. Da sage ich: Das geht gar nicht! Zu guter Arbeit gehört die Wertschätzung von Ausbildung und Qualifikation.

Was kannst du da tun?

Als Betriebsrätin leider wenig. CFM ist zwar in der Mitbestimmung, aber letztlich nur der formale Teil. Wir stimmen als Betriebsrat beispielsweise der Einstellung trotz Überqualifizierung zu, wenn der Arbeitgeber so entschieden hat und der Kollege es machen will. Anschließend gehen wir zu ihm und klären ihn auf.

Den Job gibt es meistens nur befristet, maximal zwei Jahre, einschließlich vielleicht zwei, drei Verlängerungen. Danach ist meistens Schluss.

Die unsicheren Arbeitsverhältnisse verursachen eine hohe Fluktuation. Junge Leute hält es hier nicht lange; sie sagen, wenig Geld könnten sie auch woanders verdienen. Ältere Kollegen sind dagegen oftmals froh, aus der Arbeitslosigkeit herausgekommen zu sein, Hauptsache irgendeine Arbeit.

Gesucht werden in der Reinigung fast immer nur Teilzeitkräfte. Mit 30 Wochenstunden werden sie gelockt, mit 25 eingestellt. Dann können sie ein paar Stunden aufstocken, was aber nicht reicht, wenn eine Familie ernährt werden muss.

Wie wirkt sich das aufs Betriebsklima aus?

Von meinen neuen Kolleginnen und Kollegen merke ich mir schon gar nicht mehr die Namen, weil wir uns im Verlauf von fast zehn Jahren von so vielen guten Leuten verabschieden mussten. Da ging viel Wissen und menschlicher Kontakt verloren. Ein Armutszugnis für so ein renommiertes Haus!

Ein großes Thema ist nach wie vor Leiharbeit. Ihr Anteil wächst stetig, weil CFM beim Personal sparen will. Wenn fünf Frauen zehn Stationen reinigen und eine von ihnen krank wird, sollen eben die anderen vier Frauen ihre Arbeit mit machen, das geht ja auch 14 Tage gut. Und wenn das gut geht, soll in Zukunft nicht mehr nachbesetzt werden. Die Arbeitsverdichtung hat unglaublich zugenommen, weil Personal eingespart und die Reviere vergrößert werden.

Spricht man untereinander über Geld, Lohn, Arbeitsbedingungen?

In den Niedriglohnbereichen – Krankentransport, Reinigung, Sicherheit – reden sie darüber, bei den Technikern, wo ganz ordentlich verdient wird, nicht.

Das ist natürlich ein schwieriges Pflaster, weil Kollegen sich schämen: Sie haben zum Teil Familie, und manche müssen trotz Vollzeitarbeit noch zum Sozialamt, um Stütze zu holen.

Ein Kollege machte es in der vorigen Woche sehr anschaulich: Er habe sich gefreut, dass auf seinem Konto 1.035 Euro Lohn eingegangen sind, sooo viel Geld ... – Dafür geht er jeden Tag acht Stunden, fünfmal in der Woche, arbeiten. Er macht die gleiche Arbeit wie der Kollege nebenan, der gestellt ist und mit 2.500 Euro nach Hause geht. Das sind deutlich mehr als 30 Prozent Unterschied!

Mit diesen Ungerechtigkeiten findest du dich nicht ab. Was tut die Gewerkschaft für einen Tarifvertrag für alle?

Die ersten Gespräche darüber mit der Geschäftsführung waren eine sehr stockende Angelegenheit. Wir streikten dann erstmals im Mai und nochmals im Herbst 2011, insgesamt neun Wochen. Eine schwierige Sache. Wir waren der Willkür des Arbeitgebers ausgesetzt. Der hat den Sicherheitsdienst von den Hells Angels machen lassen, die uns vom Streiklokal fernhalten wollten und eine Bedrohungskulisse aufbauten. Die Kolleginnen und Kollegen wurden vom Streiken abgehalten, schlechtgemacht, drangsaliert. Da wurden alle Register gezogen bis hin zu Überwachungen. Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich einschüchtern lassen, was zu verstehen ist, wenn man die Familie ernähren und mit jedem Cent rechnen muss. Denn auch wenn's ein mieser Arbeitgeber ist, er zahlt immerhin pünktlich.

Wir haben gepiesackt, waren aber nicht durchsetzungsfähig. Die CFM-Beschäftigten hätten gern einen Tarifvertrag bekommen, doch zu einem großen Teil wollten sie nichts dafür tun. Nur 300 von 2.600 streikten. So konnten wir nicht genügend Druck aufbauen; der Arbeitgeber setzte Leiharbeiter ein.

Allerdings wurde mit Beendigung des Streiks ein Eckpunktepapier ausgehandelt, das allen einen Mindestlohn von 8,50 Euro garantierte – eine spürbare Verbesserung vor allem für unsere Sicherheitsleute, die bis dahin noch 6,53 Euro verdient hatten.

Ehrlich: 8,50 Euro im Jahr 2011, vor der Mindestlohnregelung, das war nicht schlecht. Entsprechend hat sich der CFM-Geschäftsführer in der Öffentlichkeit gebrüht. Fein, aber: Wer hat sie dazu gezwungen?! Wir!

Wie ist das mit der Gewerkschaft in der Privatwirtschaft?

Schwierig. Viele Kollegen meinen, die Gewerkschaft kann nicht helfen. Bei CFM schwankt der Organisationsgrad zwischen null Prozent (Patientenverpflegung) und 12 (Krankentransport) und 14 Prozent (Sicherheit), durchschnittlich sind es sieben Prozent.

Gerade nach einem Streik, der zu keinem Tarifvertrag geführt hat, ist der Frust unglaublich groß. Das schlägt einem immer wieder entgegen: Nö, ich mach da nichts, das hilft ja sowieso nicht. Und für Kollegen, die aus Resignation oder Faulheit nichts verändern wollen, gehe ich nicht auf die Straße ... Das kann ich gut nachvollziehen. Auf der anderen Seite sage ich: Wer nicht losgeht, kann nicht ankommen.

Wo willst du ankommen?

Na, immer noch bei einem Tarifvertrag. Wir wollen einen Vertrag, der diesen Namen auch verdient, mit wesentlich besseren Gehalts- und einheitlichen Urlaubsregelungen. Das muss transparent sein und nicht mehr nach der Nase entschieden werden. Und stufenweise muss das an den Tarifvertrag der Charité angeglichen werden. Ohne CFM würde an der Charité, an einer der größten Universitätskliniken Europas,

nichts laufen, keine OP, keine Behandlung, gar nichts.

Wir wirbeln tierisch, um die Leute gewerkschaftlich zu organisieren: 30 Prozent sollen es bis Mitte Juni sein, um eine Tarifkommission zu wählen und dann intensiv darüber zu beraten, was unbedingt in den Tarifvertrag muss. Das ist ein riesengroßer Batzen Arbeit. Aber wir sind guter Dinge. Die Kollegen haben es selbst in der Hand, ob sie mitmachen und was sie erreichen können. Im Moment haben wir einen recht guten Zulauf.

Wurde der seit 2011 gezahlte Mindestlohn von 8,50 Euro inzwischen erhöht?

Ich glaube um 9 Cent, aber nur in einigen Bereichen. Ansonsten gab es keine Lohnsteigerungen.

Ich kenne die Wirtschaftszahlen der CFM, da ist locker mehr drin. Allein dadurch, dass sie als Charité-Tochter die Mehrwertsteuer spart, hat sie 19 Prozent mehr im Vergleich zu anderen Dienst-

leistungsfirmen. Von diesen 19 Prozent wollen wir ein paar Prozent haben für den Tarifvertrag. Das muss drin sein.

Wenn im nächsten Jahr CFM sein zehnjähriges Jubiläum – sicherlich mit großem Brimborium – begeht, will ich mit meinen Kollegen den ersten Tarifvertrag feiern. Das ist mein Ziel.

Was motiviert dich?

Die Armut meiner Kollegen und ihre Zukunft. Denn wer heute Armutslöhne hat, bekommt morgen Armutsrenten. Und wenn der Kollege sagt: „Ich habe 1.035 Euro Lohn überwiesen gekriegt“, sag ich immer: Eh, du arme Suppe, wir können's ändern.

Welche Blumen mag die Gärtnerin Ziemer besonders?

Gänseblümchen. Ich liebe sie. Sie schmecken sehr gut, und sie wachsen überall.

*Interview: Stefan Richter
Quelle: DISPUT, Mai 2017*



17. Juni 2017 – Das Fest der Linken

Der Rosa-Luxemburg-Platz wird von 11 bis 22 Uhr wieder zum Festgelände mit zahlreichen Bands, einem Kinderfest, Podiumsdiskussionen und buntem Markttreiben.

Kein Sommerloch im Kreistag

In Vorbereitung auf die Sitzung des Kreistages im Juni hat sich die Kreistagsfraktion insbesondere auf Probleme der Kinder im Landkreis konzentriert. Wir werden dazu drei miteinander verbundene Fragen auf die Tagesordnung setzen.

Ein Kreis-Elternbeirat für Kita im LOS

Erstens bringen wir den Antrag ein, die Voraussetzungen für einen Kreis-Elternbeirat für Kita zu schaffen.

Mit der Änderung des Kita-Gesetzes im Juli 2015 hat der Landtag die Einführung von örtlichen Elternbeiräten in den Landkreisen sowie die Einführung eines Landeselternbeirates für die Kindertagesstätten beschlossen. Damit schuf er die gesetzliche Grundlage für eine stärkere Beteiligung von Eltern an den Angelegenheiten der Kita über die Ebene der einzelnen Einrichtung hinaus.

Während Brandenburg im Bereich der Schule über zahlreiche Beteiligungsgremien auch für Eltern verfügt, war dies für die Kindertagesstätten bis dahin nicht der Fall. Neben den kommunalen Kita-Ausschüssen und dem Jugendhilfeausschuss des Landkreises soll speziell für Eltern in Oder-Spree ein Vertretungsgremium geschaffen werden.

Laut Kita-Gesetz soll der Elternbeirat in allen wesentlichen, die Kindertagesbetreuung betreffenden Fragen gehört werden. Damit wird nicht nur ein höheres Maß an Beteiligung und Transparenz erreicht, sondern auch mehr Akzeptanz geschaffen.

Lücken in der Schülerbeförderung schließen

Zweitens wollen wir Lücken im Anspruch auf Schülerbeförderung schließen. Dabei geht es um zwei Probleme:

Die gegenwärtige Regelung deckt nicht die Beförderung zur Wahrnehmung von Angeboten der Bildung (Schulen), der Betreuung und Erholung zwischen dem letzten Schultag eines Schuljahres und dem ersten Schultag des folgenden Schuljahres ab. Das hat auch damit zu tun, dass die verschiedenen Beteiligten das Schuljahr unterschiedlich definieren: Einmal wird die Zeit zwischen dem letzten Schultag des Schuljahres und dem ersten Schultag des Folgejahres einbezogen, bei anderen zuständigen Institutionen bleibt dieser Zeitraum außen vor. Das wollen wir ändern.

Zum anderen geht es um eine nachvollziehbare Regelung für den Schülerspezialverkehr. Da bringen wir den Antrag ein, dass die Ausrichtung und Finanzierung der Schüler-Spezial-Transporte zu Schulen in freier Trägerschaft übernommen wird, wenn laut ärztlicher und/oder psychologischer Empfehlung diese Schulen für Schüler mit Behinderungen aufgrund anderer konzeptioneller Festlegungen (Klassenstärke, Zwei-Pädagogen-Ansatz u.a.) besser geeignet sind.

Kostenerlass für Schulesen und Unterkunft

Drittens werden wir Probleme des Schulesens an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises in ei-

ner Anfrage thematisieren. Hier geht es uns insbesondere um Fragen, die mit der Höhe der Kosten für die Eltern/Personensorgeberechtigten bzw. mit dem Erlass dieser Kosten verbunden sind.

Schließlich widmen wir den Kosten der Unterkunft für die Bezieher der Leistungen nach dem SGB II weiterhin die erforderliche Aufmerksamkeit. Nach den gesetzlichen Regelungen muss hier Mitte 2017 die fällige Anpassung erfolgen. Mit Blick auf die im Mai bekannt gewordene Steigerung der Mietkosten nach dem Berliner Mietspiegel um rund 10 Prozent und die Wirkungen dieser Kostenerhöhung insbesondere auf die berlinnahen Teile des Landkreises ist auch dass für Betroffene keine triviale Frage.

PS: Unabhängig vom Kreistag bemühen sich die Mitglieder der Fraktion in den verschiedenen Teilen des Landkreises Informationsdefiziten hinsichtlich des gegenwärtig vorliegenden Entwurfs für den neuen Schulentwicklungsplan zu schließen.

Wer da Informationsbedarf hat, wende sich bitte an die Fraktion bzw. an die ihm bekannten Abgeordneten in seine Nähe.



von **Dr. Artur Pech**,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-
Spree

Zeichnung:
Gertrud Zucker

DIE LINKE.
Stadtverband Fürstenwalde

Einladung zum

Rentendialog

„Statt Altersarmut: Gute Rente für alle!“

am 26. Juni 2017 | 18 Uhr

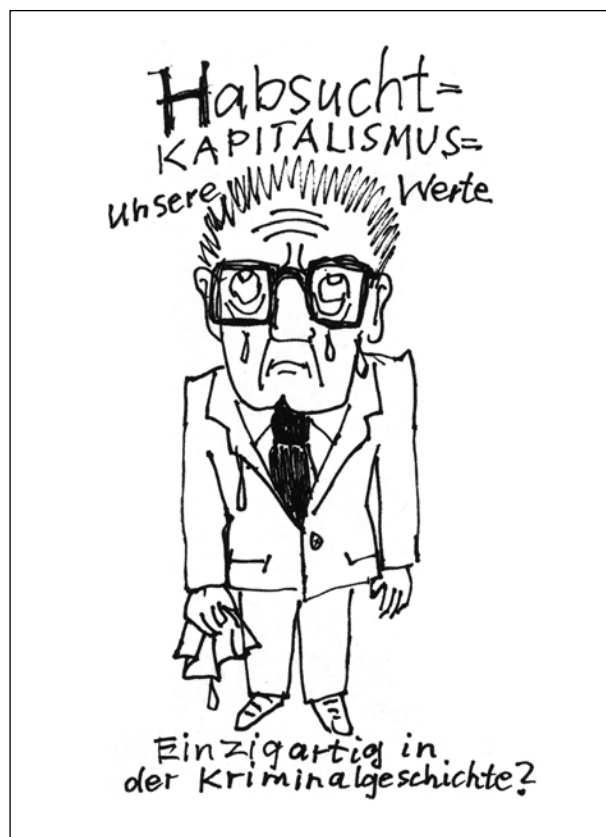
(Mühlenstraße 15)

im Bürgerbüro ROTE BANK

mit Matthias W. Birkwald

Mitglied des Bundestages, Rentenexperte der LINKEN

www.linke-fuerstenwalde.de





von **Thomas Nord**,
Mitglied des Bundestages,
DIE LINKE

Kontakt:

- Wahlkreisbüro:
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 34 26 18
- E-Mail:
thomas.nord.ma04
@bundestag.de
- Internet:
www.thomas-nord.de

**Thomas Nord ist
Direktkandidat
der LINKEN zur
Bundestagswahl
im Wahlkreis 63 –
LOS, Frankfurt (O).**

*Zeichnung:
Gertrud Zucker*



Im Oktober 2017 Neuwahlen in Österreich

Schwarz-Blau ist die Haselnuss

Seit der Nationalratswahl in Österreich im September 2013 wurde mit vorgezogenen Neuwahlen geliebäugelt. Obwohl das Ergebnis die Parteienlandschaft nur moderat verändert hatte. Die SPÖ hat 2,4 Prozent verloren, die ÖVP 2,0 Prozent, das Bündnis Zukunft Österreich 7,2 Prozent und konnte nicht wieder einziehen. Die rechte FPÖ hat 3,0 Prozent gewonnen, die Grünen 2,0 Prozent. Mit dem Team Stronach (5,7 Prozent) und NEOS (5,0 Prozent) waren jedoch zwei neue Bewegungen in das Parlament eingezogen. Und so blieb nur eine Möglichkeit: Große Koalition aus Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und Sozialdemokratischer Partei Österreich (SPÖ).

Im Mai 2016 war Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann wegen mangelndem Rückhalt zurückgetreten. Die Diskussion über Neuwahlen wurde von der zerstrittenen SPÖ zunächst verweigert, weil sie ein Wahldebakel befürchtete. Faymann war in der Flüchtlingspolitik eingeknickt und von der Merkel-Linie abgerückt, bestand aber gleichzeitig auf dem Abgrenzungsbeschluss zur FPÖ auf Bundesebene. Christian Kern, ehemaliger Bahn-Chef, übernahm beide Funktionen. Seitdem wird der Abgrenzungsbeschluss zur FPÖ auf Bundesebene in Frage gestellt,

weil man sonst keine andere Regierungsoption als die ÖVP hat.

Das Rumoren und die Forderung nach Erneuerung wurden nach dem knappen Sieg von Van der Bellen in der Präsidentenwahl im Dezember 2016 wieder lauter. Die traditionellen Parteien waren, wie nun auch in Frankreich, nicht in der Stichwahl vertreten. Das neueste Argument für den Koalitionsbruch war seit etwa April 2017 EU-politisch motiviert. Österreich übernimmt 2018 in der entscheidenden Phase der Brexit-Verhandlungen den EU-Ratsvorsitz. Ein Wahlkampf unter diesen Bedingungen wurde als Wasser auf die Mühlen der FPÖ eingestuft. So wurde der Ausgang des französischen Duells Macron – Le Pen nicht nur in Berlin, sondern auch in Wien mit großer Spannung erwartet.

Im Nachgang des Erfolgs von Emmanuel Macron traut sich der Jungstar der ÖVP, Sebastian Kurz, die Attacke. Der 30-jährige trägt die schwarzen Haare streng nach hinten geegelt. Forsches Auftreten, jugendlich adrett. Man fühlt sich an Karl-Theodor Guttenberg erinnert. Kurz will die verkrusteten Wiener Strukturen aufbrechen und das bedeutet in seiner Vorstellung, mit einer offenen Liste stärkste Kraft zu werden und mit der FPÖ eine Koalition als Juniorpartner einzugehen.

Zum formalen Anlass wurde der Rücktritt des ÖVP-Parteivorsitzenden und Vizekanzlers Reinhold Mitterlehner. Der aufstrebende Kurz präsentierte sieben Bedingungen, um den Vorsitz der Partei zu übernehmen, was für mediales Aufsehen sorgte. Aber beim genauen Hinschauen stehen sechs von ihnen schon im Statut der Partei, wie zum Beispiel die geschlechterparitätische Besetzung der Listen. Auch die Benennung als „Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei“ ist nur auf Bundesebene neu, in Oberösterreich war die ÖVP 2009 als „Liste Pühringer“ angetreten.

Erst das siebte soll ihm ein Durchgriffsrecht und die Alleinkompetenz bei der Aufstellung der Bundesliste zur vorgezogenen Neuwahl bringen. Diese Kompetenz ist aber noch nicht formal abgestimmt. Die inszenierte Kurz-Atta-

cke bringt die ÖVP nun in die Kritik, in Richtung einer illiberalen postdemokratischen Partei zu tendieren. Durch die Selbstentmachtung der Landesvorsitzenden hat sie sich zum Anhängsel eines Mannes gemacht, der mehrfach Sympathie und Verständnis für Jaroslaw Kaczynski und Viktor Orbán bekundet hat.

In einer wohlwollenderen Lesart wird Kurz zugestanden, mit dem Rechtsschwenk Wähler/-innen und Sympathisant/-innen der FPÖ einzufangen zu wollen, um deren Wahlergebnis zu schwächen und einen Kanzler Strache zu verhindern. Dieser wähnt sich nach dem 30 Prozent-Ergebnis von Hofer in der Präsidentschaftswahl im Aufwind. Auch, weil der Bevölkerung eine erneute Rot-Schwarze Koalition kaum vermittelbar sein wird.

Kern hatte nach der Benennung von Kurz zum Vorsitzenden gefordert, dass dieser auch Vize-Kanzler werden müsse. Aber Kurz hat sich gegen Kern durchgesetzt, der ehemalige Justizminister Wolfgang Brandstetter rückt auf. Als Konsequenz dieser Weigerung geht Kurz mit dem „Modell Schulz“ in den Wahlkampf. Parteivorsitzender ohne Regierungsverantwortung. Seitdem wird in der ÖVP befürchtet, dass es auch nur auf einen Kurz-Hype hinauslaufen könnte und nicht auf die Wiederholung des Macron-Erfolgs.

Beim Antrittsbesuch von Macron in Berlin hat Merkel von einem „sensiblen Moment“ in der Geschichte gesprochen. Von der Notwendigkeit einer Neugründung von EU und Euro-Zone. Sogar von einer Änderung der Verträge. Damit hat sie a) den Grundimpuls für die Umsetzung eines Europas der mehreren Geschwindigkeiten gesetzt und b) nach der Wahlentscheidung in NRW einen neuen Abschnitt im Bundestagswahlkampf eingeläutet. Mit der vorgezogenen Neuwahl ist in Österreich die Frage aufgerufen, ob es sich in dieser Neugründung an dem westlichen Kerneuropa oder an der Visegrad-Gruppe orientiert. Sie wird an einem Sonntag in der ersten Oktoberhälfte entschieden, wenige Wochen nach der Bundestagswahl.

Im Juni 2017 Wahlen in Frankreich

Macron – Präsident ohne Land?

Am Sonntag, den 14. Mai, wurde der neu gewählte französische Präsident Emmanuel Macron ins Amt eingeführt. Er hat angekündigt, nun die politischen Vorhaben von François Hollande umsetzen zu wollen. Um sie durchsetzen zu können, muss Macron in den Parlamentswahlen im Juni eine eigene Mehrheit gewinnen, mindestens 289 Mandate. Es ist die derzeit mit Spannung diskutierte Frage, ob er das kann?

Wenn wir in den ersten Präsidentschaftswahlgang im April zurückschauen, sehen wir etwa vier gleich große Blöcke, um die 20 Prozent. Die Bewegung „En Marche!“ von Macron, den „Front National“ von Marine le Pen, die „Republikaner“ mit dem Kandidaten Fillon und „La France insoumise“ des linken Jean-Luc Mélenchon. Im zweiten Wahlgang standen sich dann nur noch die beiden Kandidat/-innen gegenüber, die die meisten Stimmen auf sich vereint hatten. Macron und le Pen.

Und so war der zweite Wahlgang keine Entscheidung für Emmanuel Macron, sondern eine gegen die Präsidentschaft von Marine le

Pen. Circa 60 Prozent haben bei Macron angekreuzt, weil sie eine rechtsextreme Präsidentin verhindern wollten, deren Partei über ihren Vater in der Tradition des Regimes von Maréchal Philippe Pétain steht. Das so genannte „Vichy-Regime“ hat während der deutschen Besetzung von Frankreich im II. Weltkrieg mit den Nazis kollaboriert. (Vichy – Sitz der Regierung in Südfrankreich)

Aber die Wahl der Nationalversammlung ist etwas komplizierter. In die Stichwahl ziehen alle ein, die mehr als 12,5 Prozent bekommen. Nicht nur die zwei Bestplatzierten. Es können also drei oder vier Kandidat/-innen zur Auswahl stehen. Mal Macronisten, mal Sozialisten, mal Mélenchonisten, mal Republikaner, mal le Penisten. Das macht das Ergebnis so unvorhersehbar.

Der zweite Grund liegt darin, dass Emmanuel Macron einen neoliberalen Kurs durchsetzen will, der im Grundgedanken der Agenda 2010 von Schröder und Fischer in Deutschland entspricht. Nach den politischen Protesten und Unruhen, die Frankreich in den ver-

gangenen fünf Jahren während der Präsidentschaft von François Hollande gesehen hat, ist es schwer vorstellbar, dass die Französischen und Franzosen nun mehrheitlich eine neoliberale Schockagenda begrüßen, die sie fünf Jahre vehement bekämpft haben.

Die Stichwahl zur Nationalversammlung wird zur Abstimmung über die Reformvorhaben des neuen Präsidenten. Kriegt er keine Mehrheit im Parlament, ist er ein schwacher Präsident, der wie sein Vorgänger nicht viel bewegen kann.

von
Thomas Nord,
 Mitglied des Bundestages



Zeichnung: Klaus Struttmann

Thomas Nord im Wahlkreis unterwegs

Beeskow

Thomas Nord besuchte am 23. Mai die Burg Beeskow. Nach dem für alle überraschenden Rückzug des ehemaligen Burgdirektors



Florentine Nadolni und Thomas Nord in der Ausstellung „Handwerk. Werke der Hand“

Texte, Fotos: www.thomas-nord.de

Tilman Schladebach und einer kommissarischen Zwischenlösung, führt nunmehr Florentine Nadolni dort seit Januar 2017 die Geschicke. Und das mit großer Hingabe, wie der Bundestagsabgeordnete selbst erfahren und auch sehen konnte. So wird am 27. Mai nach größeren Umbauarbeiten die Galerie wiedereröffnet.

Wie schon ihren Vorgänger und Vorgängerinnen, bot er auch der neuen Direktorin eine enge Zusammenarbeit und seine Unterstützung an. Vor allem in Hinblick auf das Kunstarchiv der Burg, in dem eine Vielzahl von Kunstwerken aus der DDR unter nicht immer optimalen Bedingungen lagern.

Thomas Nord nutzte den Besuch außerdem, um sich im Burgturm die derzeitige Ausstellung „Handwerk. Werke der Hand“ anzusehen.

Fürstenwalde

Am 9. Mai war Thomas Nord wieder in seinem Wahlkreis unterwegs. Zunächst war er beim Fürstenwalder Frauenfrühstück eingeladen. Die rund 50 Damen, die sich dort jeden Monat ein Mal treffen, laden sich dann einen Gast aus Politik, Wirtschaft oder Kultur ein, um mit ihr oder ihm – natürlich nach einem ausgiebigen Frühstück – über Gott und

die Welt zu reden. So berichtete Thomas Nord nicht nur über seine Arbeit, sondern gab auch viel Persönliches über sich von frühester Kindheit bis zum heutigen Tag preis. Im August folgt dann ein Wiedersehen im Deutschen Bundestag, denn der Abgeordnete hatte die Damen bereits vor einigen Monaten zu einer zweitägigen Reise in die Hauptstadt eingeladen.



Vor dem Bundesparteitag der LINKEN in Hannover vom 9. bis 11. Juni 2017 eine Wortmeldung zu einem Änderungsantrag

Europa oder EU – ein Unterschied der Inhalte

Kurz vor Antragsschluss für den Bundesparteitag in Hannover ging mir ein Änderungsantrag zum Entwurf des Wahlprogramms zu – mit dem Ansinnen, diesen Antrag zu unterstützen.

Es ging um „EUROPA“ – und um grundsätzliche Fragen linker Politik. Nun ist – wenn es um „EUROPA“ geht – sehr viel von „europäischen Werten“ zu hören. Mir fällt da das Egon Bahr zugeschriebene Wort ein: „Wenn ein Politiker anfängt, über ‚Werte‘ zu schwadronieren, anstatt seine Interessen zu benennen, wird es höchste Zeit, den Raum zu verlassen.“

Nun ist mit dem Streit um abstrakte Begriffe in der politischen Auseinandersetzung wohl kein Blumentopf zu gewinnen. Dennoch ist zu fragen, ob und gegebenenfalls welche Zwecke mit offenkundiger Begriffsverwirrung verfolgt werden.

Reden wir also von Europa oder reden wir von der Europäischen Union und verweigern uns dieser Unterscheidung? Verwenden wir „Europa“ als Synonym für „Europäische Union“ – und fallen damit auf eine interessengeleitete politische Strategie herein oder verfolgen wir gar selbst eine solche Strategie?

Warum eigentlich werden „Europäische Union“ und „Europa“ im täglichen Sprachgebrauch so häufig verwechselt, dass man auf die Idee kommen könnte, es seien unterschiedliche Namen für dieselbe Sache?

Entfernt sich – was schon rein faktisch ziemlich schwierig sein dürfte – das „Vereinigtes Königreich“ mit dem „Brexit“ von Europa oder tritt es vielleicht doch (nur?) aus der EU aus und die anderen Staaten Europas – also nicht nur die EU und ihre Mitglieder – haben darüber nachzudenken, wie künftig ihr Verhältnis mit diesem Staat und seinem der EU gegenüber unbotmäßigen Volk zu gestalten ist?

Dabei dürfte doch einigermaßen klar sein: Der Ural im Osten, Gibraltar im Westen gehörten und gehören zu Europa. Daran ändert sich nichts, auch wenn ersterer noch nie Teil der Europäischen Union war und letzteres bald nicht mehr Teil der EU sein wird.

Und – noch respektloser – ist die Krise dieser EU eine Folge des Versagens ihrer Institutionen oder nicht doch ein Ergebnis der Verfolgung ihres Geschäftszwecks?

Ich will mich dieser Frage am Beispiel einer Passage aus dem Entwurf des Programms der LINKEN für die Wahlen zum Deutschen Bundestag im Jahr 2017 und eines dazu eingereichten Änderungsantrages zuwenden.

Der Entwurf geht grundsätzlich von der Europäischen Union aus, wie sie ist.

Die Begriffsverwirrung ist auch für die Bestimmung konkreter politischer Positionen der LINKEN von Bedeutung. So wird im genannten Änderungsantrag an den Bundesparteitag zum Wahlprogramm für die Bundestagswahlen 2017 festgestellt, der Prozess der europäischen Integration befinde in einer tiefen Krise – tatsächlich ist dann von inneren Prozessen in der Europäischen Union die Rede.

Eine weitere – von ziemlich weit rechts bis ziemlich weit links – benutzte Sprechblase ist die Forderung nach einer „Neugründung“ – wahlweise Europas oder der Europäischen Union. Ob der neu gewählte französische Präsident oder die deutsche Bundeskanzlerin, ob der SPD-Kanzlerkandidat oder DIE LINKE – alle reden sie von „Neugründung“.

Geredet wird dann von Institutionen der EU und ihren Kompetenzen. Die grundsätzliche Frage wird aber kaum gestellt: Die Europäische Union ist nicht nur in der Krise weil ihre Institutionen versagt haben. Bei ihrer aktuellen Krise handelt es sich um Prozesse, die aus ihrer Grundkonstruktion, ihrem Auftrag, ihrer Zielsetzung erwachsen.

Im Entwurf des Wahlprogramms gibt es Ansätze zur Analyse dieses Zusammenhangs, wenn es heißt: „In dieser EU hat die Wettbewerbsfähigkeit im Interesse der Profiteure von Banken und Konzernen Vorrang vor den Interessen der Bevölkerungen.“

Diese klare Ansage soll nun mit dem Änderungsantrag gestrichen werden. Stattdessen soll es

heißen: „Die europäische Integration fußt für uns als LINKE auf den Ideen von sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität. Sie ist für uns eine Antwort auf Jahrhunderte von Kriegen in Europa, insbesondere dem verbrecherischen Zweiten Weltkrieg und der zugrunde liegenden nationalsozialistischen Ideologie.“

Einmal abgesehen davon, dass hier unter der Hand ein Raub- und Eroberungskrieg zum Weltanschauungskrieg uminterpretiert wird: Es reicht nicht, diese Europäische Union von links neu zu interpretieren, Absichten zu verkünden einige EU-Institutionen neu aufzustellen und der EU so angesichts wachsender Akzeptanzverluste eine zusätzliche Rechtfertigung von links zu wachsen zu lassen. So ist dem Problem nicht beizukommen.

Weil das so ist, heißt es im Entwurf des Wahlprogramms: „Statt einer im Kern undemokratischen EU wollen wir die Institutionen der EU grundlegend demokratisieren und einen Neustart für die Demokratie in Europa. Wir wollen die Rechte der Parlamente stärken. **Unter den gegebenen Bedingungen dürfen keine weiteren Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagert werden.**“

Auch diese Passage wollen die Änderungs-Antragsteller streichen. Ich werde dem als Delegierter nicht folgen. Die Frage der Europäischen Union ist im Kern eine soziale und keine institutionelle Frage. Gerade für uns in der Bundesrepublik Deutschland gilt:

„Die Exportüberschüsse der einen sind notwendig die Schulden der anderen. So kann kein soziales Europa entstehen!“ (Programmtext). Oder in der Sprache des vorigen Jahrhunderts: „Das Volk, das ein anderes Volk unterjocht, schmiedet seine eigenen Ketten.“

Die gegenwärtige EU funktioniert so. Internationalismus heute kann keine Rechtfertigung dieses Instruments sein sondern erfordert vor allem Solidarität mit den durch dieses Instrument gebeutelten Menschen – außerhalb und innerhalb der Europäischen Union.

*Dr. Artur Pech, Schöneiche,
Delegierter zum Parteitag*

Informationen im Internet

• **Dokumente des Parteitages** unter: <https://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/hannoveraner-parteitag-2017/>
• **live-Übertragungen** unter: <https://www.die-linke.de/mediathek/livestream/>

Delegierte des Parteitages aus dem Kreisverband der LINKEN im Oder-Spree-Kreis sind:

• **Sebastian Meskes**, Woltersdorf
• **Dr. Karin Niederstrasser**, Beeskov
• **Ursula Paape**, Erkner
• **Dr. Artur Pech**, Schöneiche

DOKUMENTIERT

Zukunft der EU – nicht ohne linke Perspektiven!

Helmut Scholz, Martin Schirdewan vom Brüsseler Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), Stephan Bastos als Projektleiter Europäischer Dialog – Europa politisch denken von der Stiftung Genshagen und Marco Büchel als Vorsitzender des Europaausschusses des Landtages Brandenburg und Mitglied der dortigen Linksfraktion gemeinsam auf dem Podium – da kann es nur um das Thema Europa gehen. Und so war es auch: „Zukunft der EU – nicht ohne linke Perspektiven!“ war der Titel des jüngsten Dienstagsgesprächs der Brandenburger Linksfraktion, dieses Mal gemeinsam veranstaltet mit der LINKEN im Europaparlament und der Brandenburger RLS.

Für *Martin Schirdewan* ist die Zukunft der Europäischen Union (EU) offen. Linke Perspektiven sind möglich, denn auch DIE LINKE hat verschiedene Zukunftsideen zu Europa – jedoch noch keine klare Vorstellung oder gar einheitliche Position. DIE LINKE muss sich jedoch diesen Herausforderungen stellen, haben doch die Wahlen der letzten Jahre gezeigt, dass die großen Parteien der Sozialdemokratie in Europa an Zuspruch verlieren.

Stephan Bastos bemerkte, dass der Begriff „Europa“ in den letzten Jahren nur noch mit „Krise“ assoziiert wird. Ebenso brachte er seine Freude über das Ergebnis der Stichwahl um das Präsidentenamt in Frankreich zum Ausdruck. Die Wahl zeige aber auch den Zusammenbruch des alten Parteiensystems in Frankreich und das Erstarren des Front National wäre die große Herausforderung für alle! Und es sei sicher: Scheitert der neue Präsident Macron, scheitert die 5. Republik in Frankreich. Und das wäre die neue und schlimmste Krise von allen – denn dann scheitert auch die EU.

Helmut Scholz wiederum brachte in seinem Eingangsstatement zum Ausdruck, dass Deutschland die Verantwortung hat, sich einzubringen und mitzugestalten. Auch DIE LINKE muss sich somit Gedanken machen und mitarbeiten an und in Europa. Die Verantwortung sei wahrzunehmen. Eine führende Rolle Deutschlands würde jedoch Misstöne in der EU unter den anderen Mitgliedsstaaten hervorbringen.

Mit Blick auf die Sparpolitik der letzten Jahre war man sich weitgehend einig, dass der Weg aus diesem Spardiktat der Troika von Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationaler Währungsfonds gefunden werden muss, um endlich wieder die Wirtschaft anzukurbeln und Leistungen nicht weiter zusammenzustricken. Eine Änderung eben dieser europäischen Politik wird aber wohl mit einem deutschen Finanzminister Schäuble nicht möglich sein – ein Hinweis auf die bei uns im September anstehende Bundestagswahl. Vom Podium wurde also eine deutsche Verantwortung für die EU bejaht – allerdings mit einer anderen politischen Grundeinstellung.



Helmut Scholz, Marco Büchel, Martin Schirdewan, Stephan Bastos (v.l.n.r.), Foto: DIE LINKE

Für *Stephan Bastos* ist die EU als ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern zu sehen und nicht nur von Staaten: Jeder in Deutschland habe auch Verantwortung für seine europäischen Schwestern und Brüder – denn auch unser Wohlergehen hängt an Europa! Europa und der Euro sind jetzt zu stabilisieren und auszubauen. Ein Warten auf die nächste Krise wäre fatal. *Helmut Scholz* würde sich hier eine stärkere Rolle für das Europäische Parlament (EP) wünschen – allein die Nationalstaaten haben sich dies als Beschneidung ihrer nationalen Souveränität verboten. So werden aber gemeinschaftlich angestoßene Veränderungen kaum möglich – ein Konstruktionsfehler in den Europäischen Verträgen. Das EP könne bisher nur Ja oder Nein sagen, ein wirklicher Streit über Inhalte findet kaum statt. Auf der anderen Seite stellte *Scholz* aber auch die kritische Frage in den Raum, wie wichtig uns selbst denn die Entwicklungen beispielsweise in Dänemark, Griechenland, Finnland oder Malta sind? Wo bleibt da ein europäischer Gedanke?

Aus dem Auditorium kam die Frage, was denn nun die Lehre aus dem Brexit sei. *Stephan Bastos* meinte, dass das EP selbstbewusster werden müsse und den Bürgerinnen und Bürgern Europas so seine Bedeutung und positive Wirkung aufzeigen müsse. Das EP muss sich seine Rechte jedoch auch endlich erkämpfen und nicht immer nur klagen. Für *Helmut Scholz* bedeutet das einen Konflikt mit den Nationalstaaten, denn eine demokratische Neubegegründung braucht auch eine Neubestimmung der Rechte und Mög-

lichkeiten des EP. Und dann ginge es um Punkte wie Sozialunion, Vergemeinschaftung, ein soziales Europa, Arbeit und Zukunftschancen junger Menschen.

Mit Blick auf die von EU-Kommissionspräsident Juncker vorgelegten fünf möglichen Szenarien zur zukünftigen Entwicklung der EU stellte Moderator *Marco Büchel* die Frage in den Raum, ob denn ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten in der Entwicklung gut oder schlecht wäre. Was wäre zielführender für das Projekt Europa? Denn die Ausgangslage in den einzelnen Staaten ist ja extrem divers – wie sei daraus eine Stimme, ein Tempo zu bilden? Die Antwort des Podiums: Ein stärkeres soziales Profil in Europa muss sein! Für *Martin Schirdewan* lässt sich die Krise nur international lösen, die EU muss daher enger zusammen rücken. Formen für eine neue Politikgestaltung, einen neuen Ansatz, sieht er in Griechenland mit Syriza oder in Spanien mit Podemos. Hier setzte man auf öffentliche Diskussionen und breite Debatten.

Für ihn hat man nach dem Brexit allerdings bisher wenig gelernt. Als erste Reaktion darauf stellten führende Politiker den Ausbau der militärischen Sicherheitspolitik in den Raum, statt über soziale Gleichheit zu sprechen. Denn die Menschen in Großbritannien haben sich nicht aus Angst vor einer militärischen Bedrohungslage gegen die EU ausgesprochen. Es war doch vielmehr die unsichere soziale Zukunft, die viele auf die (irrationale) Rückbesinnung auf den vermeintlich starken Nationalstaat setzen ließ. Für *Schirdewan* muss die Linke in die gesellschaftliche

Debatte hineinführen, die Änderung der Europäischen Verträge sei das Ziel. Dafür sei einzutreten, auch, wenn es bisher scheiterte.

In der Schlussdiskussion kamen verschiedene Punkte zur Sprache, die hier nur noch schlagwortartig erwähnt werden sollen. Interessant war z. B. die Frage, wo denn eigentlich der Rechtsruck der letzten Jahre herkam, wo nahm er seinen Anfang? Für das Podium war dieser Ruck in der Verteidigung des eigenen Wohlstandsniveaus zu suchen, nationales Wohlergehen und neidvolle Besitzstandswahrung sorgten und sorgen für das Erstarren nationaler Tendenzen und (rechts-)populistischer Kräfte.

Kritisch hinterfragt wurde von der Zuhörerschaft auch, warum es von Seiten der Linken keine geschlossenen Aufruf pro Macron in der Stichwahl um die französische Präsidentschaft gab? Wo war da die geforderte Einheit der LINKEN in Europa gegen Rechts?

Auch sei in der Diskussion bisher noch keine echte linke Perspektive für Europa aufgezeigt worden. Hier sollte sich DIE LINKE erklären, wo können sich die Bürger einbringen, wie werden die Kompetenzen verteilt? Defizite sind benannt worden. Nun sind für einzelne Bereiche Lösungen zu bieten und um Mehrheiten sei zu werben. Als ein Beispiel wurde ein europaweiter Mindestlohn genannt. Das bedeutet nicht, dass jeder in allen EU-Staaten die gleiche Lohnuntergrenze erhält. Aber Deutschland sollte raus aus der Stellung eines Niedriglohnländers und endlich Arbeit hier auch angemessen entlohnen. Ferner müssen die Sozialeinstellungen zum würdigen Leben reichen – überall in der EU.

Helmut Scholz stellt in dem Zusammenhang klar, dass die Handels- und Wirtschaftspolitik in der EU auch über die Wirtschaft in der Welt entscheidet. Billige Preise in der EU drücken die Margen in der restlichen Welt – Menschen dieser Länder können dann von ihrem dortigen Einkommen nicht mehr leben und suchen ihre Zukunft verständlicherweise in der EU. Eine von mehreren Fluchtursachen.

*Felix Thier,
lokaler Assistent des
MdEP Helmut Scholz*



Dr. Volkmar Schöneburg,
Mitglied des Landtages Brandenburg

Von Dieben und Gauklern

Von Volkmar Schöneburg

Tatbestand – Einbruch

Geht es nach dem Willen der Großen Koalition in Berlin, liegt zukünftig die Mindeststrafe für den Einbruch in eine Wohnung bei einem Jahr Gefängnis. Einen „minderschweren Fall“, der eine mildere Strafe ermöglicht, soll es nicht mehr geben. Ein dementsprechender Gesetzentwurf wurde auf den Weg gebracht. Die Protagonisten jubilieren, ihre Worte klingen martialisch. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Thomas Oppermann, formuliert: „Einbrecher werden mit der ganzen Härte des Gesetzes bestraft.“ Es komme darauf an, „möglichst viele Einbrecher hinter Gitter zu bringen.“ Sein CDU-Pendant, Volker Kauder, bezeichnet die Strafverschärfung „als Zeichen der Abschreckung“. Unbestritten

ist, dass die Opfer von Wohnungseinbrüchen oft psychisch belastet sind, weil ihr Privatbereich verletzt wurde. Aber ist die Strafrechtsverschärfung das probate Mittel, um Abhilfe zu schaffen? Mitnichten. Zwei Argumente seien hier angeführt:

Zwei Argumente des Zweifels

1. Die Gesetzesänderung ist empirisch nicht veranlasst. 1993 betrug die Fallzahl knapp 230 000. Fünf Jahre später waren es noch 166 000 Fälle. Die aktuelle Kriminalstatistik weist 150 000 Wohnungseinbrüche für das Jahr 2016 aus, ein Rückgang zum Vorjahr um 9,5 Prozent. In Brandenburg waren es vor zwei Jahren 4 436 und im vergangenen Jahr 4 180 Einbrüche.
2. Die angestrebte Verschärfung ist auch nicht geeignet, die Fallzahlen zu verringern. Es ist nachgewiesen, dass der Rückgang in den 90er Jahren nicht etwa auf die schon einmal erfolgte Verschärfung des Straftatbestandes (1998) zurückzuführen ist, sondern auf eine allgemein verbesserte Sicherheitstechnik. Die Wissenschaft ist sich ziemlich einig, dass zwischen der Höhe der Strafandrohung und der Häufigkeit der jeweiligen Taten kein Zusammenhang besteht. Bestes Beispiel sind die USA, wo die Mordrate völlig unabhängig davon ist, ob im jeweiligen Bundesstaat die Todesstrafe gilt oder nicht. Verhaltenssteuernd für den Dieb wirkt da eher das Verhältnis von Entdeckungsrisiko und möglichem Gewinn.

renseinstellungen sind in Bagatellfällen nicht mehr möglich. Selbst die Verabredung und die versuchte Anstiftung zu einem Einbruch wären strafbewährt. Damit werden Handlungen weit im Vorfeld kriminalisiert. Einzelfallgerechtigkeit? Pustekuchen. Man fühlt sich an das Volkseigentumsschutzgesetz der DDR von 1952 erinnert, nach dem für den Diebstahl von Volkseigentum die Mindeststrafe auch ein Jahr Gefängnis betrug. Zudem stünde mit der Strafverschärfung der Wohnungseinbruchsdiebstahl, was die Mindeststrafe betrifft, auf einer Stufe mit solchen gewaltbehafteten Delikten wie Raub oder räuberische Erpressung. Auch für die schwere Brandstiftung, deren Folge das komplette Niederbrennen eines ganzen Wohngebäudes sein kann, wird die gleiche Mindeststrafe angedroht. Der Unterschied ist jedoch, dass es bei diesen Tatbeständen einen minderschweren Fall gibt, der dem Strafgericht ein Unterschreiten der Mindeststrafe erlaubt.

Wahlkampfretorik

Was sind vor diesem Hintergrund die Ziele einer solchen aktivistischen Kriminalpolitik? Offensichtlich soll die Sanktionspraxis der Gerichte verschärft werden. Das Stehlen aus einer Wohnung soll nicht mehr mit Bewährungs- oder Geldstrafe geahndet werden. Einbrecher in den Knast, ist die populistische Devise. Die Botschaft an die Bürger lautet: Die Sicherheit nehme zu, wenn der Einbruch härter bestraft wird. Der Staat tut etwas, setzt ein Zeichen und zeigt Handlungsfähigkeit. Damit wird den Bürgern etwas vorgegaukelt. Denn die Strafrechtsverschärfung wird in der Sache nichts bewegen. Weder werden die Diebe abgeschreckt, noch werden die Freiheitsstrafen eine messbare Resozialisierungswirkung entfalten. Der Ruf nach härteren Strafen ist reine Symbolpolitik und Wahlkampfretorik zu Lasten des rechtsstaatlichen Strafrechts, das zur Beschwichtigung der verunsicherten Bürger beliebig instrumentalisiert wird. Hier wird ein weiteres Mal die Rechtssicherheit zugunsten einer „Gefühlspolitik“ unterlaufen.

MdL Dr. Volkmar Schöneburg

Kontakt

Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg,
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Telefon: (03 31) 9 66 15 20
E-Mail: volkmar.schoeneburg@linksfraktion-brandenburg.de
Facebook: www.facebook.com/volkmar.schoneburg

Wahlkreisbüro

Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde (Rote Bank)
Telefon: (033 61) 3 69 89 81

Mitarbeiterinnen

Romy Neupert

Handy: (01 52) 29 08 10 64
E-Mail: romyneupert@web.de

Franziska Schneider

Telefon: (03 31) 9 66 15 43
Handy: (0 15 20) 3 70 96 95
E-Mail: franziska.schneider@linksfraktion-brandenburg.de



Zeichnung: Klaus Struttmann

Radio Slubfurt wurde 5 Jahre – Volkmar Schöneburg gratulierte



Volkmar Schöneburg (2.v.l.) gratuliert live im Radio, Foto: Franziska Schneider

Party in Slubfurt! Wie, noch nichts von Slubfurt gehört? Dabei ist die Zusammensetzung ganz einfach: Slubice und Frankfurt. Beides zusammen ergibt Slubfurt und ist ein freies Radio. Allerdings nur im Internet unter www.radio.slubfurt.net. Am 12. Mai hörte man hier live die Übertragung der Geburtstagsfeier, denn das Radio feierte sein fünfjähriges Bestehen. Deshalb hatten die Radiomacher zu einer Talkrunde zum Thema „Welche Aufgaben haben Freie Radios?“ eingeladen. Mark Westhusen, Geschäftsführer bei Radio Corax und Vorstandsmitglied im Bundesverband Freier Radios, erklärte zu Beginn, was Freie Radios sind: „Freie Radios kennzeichnen sich dadurch, dass die Produktion in den Händen der Gemeinschaft ist. Sie verwalten sich selbst und sind nicht an die Aufmerksamkeits-Ökonomie gebunden.“ Krzysztof Wojciechowski, Direktor vom Collegium Polonicum, verwies darauf, dass es auf der polnischen Seite der Oder keine freien Radios gibt, obwohl sich das Medium Radio für den deutsch-polnischen Austausch gut anbietet. Das bestätigte auch Gundhild Strauch, Kulturmanagerin im deutsch-polnisch-internationalen Kulturnetzwerk Kunstgriff und Leiterin des MehrGenerationenHaus MIKADO. Sie betonte auch, dass hier an das deutsch-polnische Netzwerk der Universität Viadrina zurückgegriffen werden könnte.

Moderator Matthias Dörr diskutierte mit seinen Gästen auch über die Frage, was Radio Slubfurt in Zukunft besser machen kann? Beinahe einstimmig wurde vorgeschlagen, sich mehr auf das Alleinstellungsmerkmal des deutsch-polnischen Radios zu konzentrieren. Im gemütlichen Studio im Haus der Künste Frankfurt wird das Internetradio mit viel Liebe, Herzensblut und technischen Spürsinn betrieben. Dem Bürgerradio fehlt noch eine polnisch sprechende Stimme, um die Ursprungsidee des Radios, zweisprachig zu senden, umzusetzen.

Volkmar Schöneburg, medienpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, gratulierte mit einer kleinen Spende dem Radio und verwies darauf, das Ende des Jahres Vorschläge von der Landesregierung zu erwarten sind, wie freies Radio im Land Brandenburg unterstützt werden kann.

Wer Radio Slubfurt noch ganz übers Radio hören möchte, kann dies jeden ersten, zweiten und dritten Montag im Monat von 11 bis 12 Uhr auf den Berliner und Potsdamer UKW-Frequenzen des Pi-Radioverbundes 88,4 und 90,7 MHz tun.

*Franziska Schneider,
Referentin für Medienpolitik der
Fraktion DIE LINKE im Landtag*

Revoluzzer Marx lässt Kinosaal in Erkner platzen



Foto: Christoph Ulbricht

Die 129 Kinosessel waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Zu seiner vierten kostenlosen Filmvorführung im Kino Movieland Erkner freute sich Volkmar Schöneburg über das große Interesse an dem Film „Der junge Karl Marx“. Schöneburg hob in der anschließenden Diskussion hervor: „Will man die Welt etwas gerechter gestalten, sind Marxens Analysen unverzichtbar.“

Schöneburg siegt im Schulquiz



Foto: Romy Neupert

Zum 4. und letzten Mal in diesem Jahr nahm Volkmar Schöneburg gemeinsam mit Kollegen anderer Fraktionen an der dialogP-Reihe teil. Der Austausch zwischen Politikern und Schülern fand in der FAW gGmbH in Fürstenwalde statt. Der Austausch mit den angehenden Sozialassistenten war sehr engagiert und für beide Seiten fördernd.

Texte: Franziska Schneider

Terminhinweise

- 21. Juni 2017, 19 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner, Gerhart-Hauptmann-Straße 1, 15537 Erkner
Wo drückt der Schuh in Erkner und Umgebung?
Podiumsdiskussion mit dem Mitglied des Bundestages Thomas Nord und dem Mitglied des Brandenburger Landtages Volkmar Schöneburg
- 1. Juli 2017, 10-18 Uhr, Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tag der offenen Tür des Landtages Brandenburg
- 2. Juli 2017, 10-18 Uhr, Stadtpark Fürstenwalde, 15517 Fürstenwalde
Parkfest Fürstenwalde

von
Stephan Wende,
Vorsitzender
DIE LINKE Fürsten-
walde

Mut statt Angst. Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Fit für den Bundestagswahlkampf 2017 in Fürstenwalde und Oder-Spree



Stephan Wende und
Matthias Höhn in
der Roten Bank (v.l.)

Der Bundestagswahlkampf 2017 wirft seine Schatten voraus. DIE LINKE in Fürstenwalde macht sich in verschiedenen Dialogforen vor der parlamentarischen Sommerpause fit für die heiße Wahlkampfphase. Schon am Vorabend des 1. Mai trafen die demokratischen Sozialisten sich mit dem DGB-Regionalgeschäftsführer für Oder-Spree und Frankfurt (Oder), Sebastian Walter, und dem Arbeitsmarktexperten der Linksfraktion im deutschen Bundestag, Klaus Ernst, um über „Gute Arbeit. Gute Löhne. Gute Rente“ zu diskutieren.

Am Tag nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (NRW), in der DIE LINKE ganz knapp den Einzug in den Landtag von Düsseldorf verpasste, „aber die uns als LINKE insgesamt zuversichtlich stimmt“, so der Ortsvorsitzende der LINKEN, Stephan Wende, fand im bis auf den letzten Platz gefüllten Bürgerbüro „Rote Bank“ ein Gesprächsforum zu den Themen der LINKEN im kommenden Bundestagswahlkampf statt.

„Mit Mut und einer gehörigen Portion Selbstbewusstsein“ soll seine LINKE in den Wahlkampf ziehen, empfiehlt Stephan Wende und bekommt prominente Unterstützung: Bundesgeschäftsführer und -wahlkampfleiter Matthias Höhn ist zu den Genossen nach Fürstenwalde gekommen, um mit ihnen über das Wahlprogramm und die Wahlstrategie zu diskutieren.

„Auch wenn es in NRW nicht für den Einzug in den Landtag gereicht hat, der Trend ist mehr als positiv. Bei steigender Wahlbeteiligung vermochte DIE LINKE es, in den vergangenen Wahlkämpfen ihre absoluten Wählerstimmen zu verdoppeln – und dies bei deutlich gestiegener Wahlbeteiligung. Insbesondere bei Erstwählern hat die LINKE den größten Zuwachs zu verzeichnen.“

Diesen Trend wünschen sich die Wahlkämpfer der LINKEN auch in Oder-Spree und Fürstenwalde und auch wenn es für die erfolgswöhnten Ostgenossen ein schwacher Trost zu sein scheint, wirbt Höhn „für Verständnis und Akzeptanz der spezifischen ostdeutschen Situation“. Die Gesellschaft im Osten hat sich stark verändert. „Die Situation für DIE LINKE 2017 ist nicht vergleichbar mit der Situation für die damalige PDS 1997“ so Höhn.

Eins gilt aber damals wie heute: Parteien werden dann gewählt, wenn die Menschen das Vertrauen haben, dass „diese wirklich positiv ihre jeweilige Lebenssituation verbessern! Wir LINKEN müssen den Beweis antreten, dass wir unsere Politik auch durchzusetzen vermögen. Das gilt in der Kommune genauso wie im Land und im Bund!“ so Höhn weiter.

Was das bedeutet, hat der Fürstenwalder Peter Engert in der anschließenden Debatte deutlich gemacht. „Die Menschen möchten wissen, welche Partei zum Beispiel in Bezug auf die Ökologische Krise die richtigen Fragen stellt und Antworten gibt. Und das bedeutet doch zu entscheiden, zwischen einem grünen Kapitalismus mit Erhalt der Markt- und Profitdominanz der Wirtschaftsbosse auf der einen oder einer gerechten und

nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung, wie DIE LINKE sie einfordert, auf der anderen Seite!“

DIE LINKE will offensiv über ihre Themen und Projekte reden und deutlich machen, welche Verbesserungen und Reformprojekte sie durchsetzen will: Sicherheit vor Altersarmut und eine solidarische Mindestrente, eine Vermögenssteuer, eine Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro und die Zurückdrängung von prekärer Arbeit, eine solidarische Gesundheitsversicherung statt der Zwei-Klassen-Medizin, mehr Personal in Pflege und Gesundheit, ein Verbot von Waffenausfuhren, statt der Aufrüstung ein Sparprogramm für den Rüstungsetat und die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr.

„Wir werden keine abstrakten parteipolitischen Farbenspiele treiben, die ohnehin wenig begeistern. Spannender für Wählerinnen und Wähler ist die Diskussion über Inhalte und konkrete Projekte eines Politikwechsels mit der LINKEN.“ so Matthias Höhn. Nur über die Debatte der Ideen werden Wähler überzeugt und mobilisiert. „Entscheidend ist, dass sich der gesellschaftliche Diskurs verschiebt: weg von den Angstdebatten, weg von den Erzählungen, die das Spiel der Rechten betreiben, hin zu den realen Problemen der Menschen – Arbeit, Rente, Armut, Gesundheit, Miete, kurz: soziale Unsicherheit – und zu den Zukunftsfragen der Gesellschaft.“

Im Wahlkampf kommt es auf eine gute Mischung guter Themen, vieler persönlicher Kontakte und einem guten Kandidaten an. „Dass DIE LINKE in Oder-Spree hier bestens aufgestellt ist, wissen wir, und dass wir Wahlkampf können, auch.“ so Stephan Wende. „Doch den Wahlkreis gewinnen wir mit Thomas Nord vor allem, weil wir als Partei vor Ort in den Kommunen und Thomas Nord als Bundestagsabgeordneter aus Fürstenwalde und Oder-Spree seit vielen Jahren praktische und sehr konkrete Politik hier vor Ort im Interesse der Bürger machen.“

Bildnachrichten aus Eisenhüttenstadt

■ FrühLINKSfest am 1. Mai in Eisenhüttenstadt



Einen tollen, aber auch windigen Tag haben die LINKEN aus Eisenhüttenstadt und die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, auf dem Inselgelände verbracht. Reden von Eisenhüttenstadts Bürgermeisterin Dagmar Püschel sowie dem Mitglied des Bundestages Thomas Nord (beide DIE LINKE) sowie Spiel und Spaß mit Clown Faxilus gehörten zum Rahmenprogramm. Unsere Genossinnen und Genossen waren zudem an Infoständen, dem Kuchenbasar und am Grill fleißig und sorgten so für ein sehr gut besuchtes FrühLINKSfest.

Texte: Alexander Klotzovski, stellvertretender Vorsitzender DIE LINKE Eisenhüttenstadt
 Fotos: DIE LINKE Eisenhüttenstadt

■ Gedenken am Tag der Befreiung



Mechthild Tschierschky, Christian Görke, Dagmar Püschel (v.l.)

Am Montag, dem 8. Mai, gedachten die Eisenhüttenstädter LINKEN auf Einladung der Stadt der Alliierten Streitkräften, die uns und die Welt vor 72 Jahren von der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten befreiten. Nachdem die Bürgermeisterin Dagmar Püschel die Anwesenden begrüßte und der stellvertretende Ministerpräsident Christian Görke und Mechthild Tschierschky vom Friedenshaus eine kurze Rede hielten, wurden von den Anwesenden Kränze und Blumen als Zeichen des Dankes niedergelegt.

Klarstellung

Im letzten Widerspruch (Mai 2017, Seite 3, Artikel „Friedensspaziergang in Storkow am Tag der Bundeswehr – 10. Juni 2017“) ist mir ein Fehler unterlaufen. In diesem Artikel schrieb ich, dass wir (einschließlich dem Friedensdorf e.V.) zu einer Gegenveranstaltung aufgerufen haben. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Ich möchte aber auch betonen, dass das Friedensdorf sich aktiv an Friedensveranstaltungen beteiligt, einen engen Kontakt zur Bundeswehr und zur Stadt Storkow unterhält und wir DIE LINKE ebenfalls eine enge und freundschaftliche Beziehung pflegen.

Uwe Tippelt, amtierender Kreisgeschäftsführer

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im Juni 2017



4.6.	Hugo Krüger	Woltersdorf	83 J.
6.6.	Barbara Kowal	Fürstenwalde	82 J.
6.6.	Ewald Piede	Tauche, OT Kossenblatt	92 J.
8.6.	Hannelore Großkopf	Erkner	87 J.
9.6.	Dietrich Schwarz	Eisenhüttenstadt	82 J.
9.6.	Lothar Woywodt	Grünheide	75 J.
11.6.	Anny Du Hamel	Erkner	82 J.
12.6.	Lore Scheidewig	Eisenhüttenstadt	91 J.
16.6.	Waltraud Schwadtke	Eisenhüttenstadt	87 J.
19.6.	Adelheid Sprenger	Guben	83 J.
21.6.	Reiner Meinel	Eisenhüttenstadt	75 J.
21.6.	Rudi Schmidt	Eisenhüttenstadt	83 J.
22.6.	Siegfried Leder	Fürstenwalde	88 J.
23.6.	Karl-Heinz Kühne	Beeskow	81 J.
24.6.	Helmut Leeder	Storkow	88 J.
25.6.	Ursula Poßling	Eisenhüttenstadt	91 J.
25.6.	Siegfried Wegner	Woltersdorf	88 J.
27.6.	Brigitte Klapprodt	Storkow	84 J.
30.6.	Loni Schneider	Schöneiche	81 J.

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Veranstaltungstermine der LINKEN Oder-Spree

■ 18. Juni 2017 Kinderfest in Müllrose

Am Sonntag, 18. Juni 2017, lädt die „Die LINKE“ bereits zum dritten Mal zum Kinderfest am Schützenhaus in Müllrose ein. Los geht es um 14 Uhr. Neben einer Hüpfburg und Kinderschminken wird es auch Pony-Reiten, Tiere zum Bestaunen und Streicheln und viele Mitmach-Spiele, u. a. mit dem Müllroser Anglerverein, geben.

Die Kinder des Mixdorfer Schlaubegetümmels sind ab 15 Uhr mit fröhlichen Tanzeinlagen dabei.

Ein Kuchenbasar, Eis sowie Würstchen vom Grill sorgen für das leibliche Wohl. Alle Kinder mit Eltern, Omas und Opas sind herzlich eingeladen.

*DIE LINKE Schlaubetal und
Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Müllrose*

Einladung zur Lesung

DIE LINKE.
Stadtverband Fürstenwalde

„Immer schön auf Augenhöhe“
Geschichten nicht nur vom Katzentisch im Bundestag

am 25. Juni 2017 | 15 Uhr
im Kaffeegarten vor der ROTE BANK
(Mühlenstraße 15)

mit **Gesine Löttsch**
direkt gewähltes Mitglied des Bundestages

www.linke-fuerstenwalde.de

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 13. 6., 15. 7., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im Juni/Juli 2017

In den Monaten Juni und Juli finden planmäßig keine Ausschusssitzungen statt.

Kreistag Oder-Spree

21. 6., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE221705503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Stop NATO 2017 – Invest in peace, not in war!

Sabine Lösing, Koordinatorin der Fraktion GUE/NGL im Auswärtigen Ausschuss des Europaparlaments, zum NATO-Gipfeltreffen am 25. Mai in Brüssel

Jüngst wurde die NATO von Ursula von der Leyen wieder als „Wertegemeinschaft“ beschrieben, doch das ist Schönfärberei. Sie ist ein Kriegsverständnis, mit dem Zweck der militärischen Absicherung der wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen ihrer Mitglieder. Diese „Wertegemeinschaft“ stört sich dabei nicht an einem Erdogan, der sich seine eigene Präsidialdiktatur in der Türkei bastelt und atmet erleichtert auf, wenn sich Trump der NATO wieder zuwendet – entgegen wahlkämpferischer Ankündigungen, in denen er die NATO als „obsolet“ bezeichnete. Auch in Hinblick auf ihre alltägliche Kriegspolitik in Libyen, Afghanistan, Syrien oder dem Kosovo ist eines klar: Mit humanistischen Werten hat die NATO nun wirklich gar nichts am Hut! Stattdessen werden die eigenen Großmachtambitionen auch in dem circa 1,1 Milliarden Euro schweren, neuen NATO-Hauptgebäude sichtbar, in dem sich die Staats- und Regierungschefen/innen morgen treffen.

Zum Zwei-Prozent-Ziel

Neben vielem anderen wird dabei vor allem die Forderung, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts

für das Militär auszugeben, auf der Agenda stehen. Immer wieder wird so Druck gemacht, die Rüstungsausgaben der Mitgliedstaaten drastisch zu erhöhen. Dass dabei beim NATO-Gipfel 2014 in Wales eigentlich nur vereinbart wurde, sich in Richtung der zwei Prozent zu „bewegen“, stört dabei weder verschiedene Medien noch Regierungschefs, die diese viel zu hohen Ausgaben immer wieder als Beschlüsse einfordern. Für Deutschland hieße eine Erhöhung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts eine Steigerung von aktuell 37 Milliarden auf 60 bis 70 Milliarden Euro. Darüber würden sich zwar alle Rüstungsfirmen von Rheinmetall bis Thyssen Krupp freuen, ein Großteil der deutschen Bevölkerung will allerdings weder höhere Rüstungsausgaben noch ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands. Nach einer aktuellen Emnid-Umfrage sprechen sich 60 Prozent der Befragten gegen einen Aufrüstungskurs aus. Anstatt also eine Kriegspolitik im Rahmen der EU oder der NATO voranzutreiben, sollten die Regierungen endlich in Soziales, Bildung und die Armutsbekämpfung investieren.

Zur Ost-Expansion der NATO

Auf dem NATO-Gipfel in Brüssel wird Montenegro offiziell zum 29. Mitglied des Militärbündnisses. Die NATO setzt damit ihren Expansionskurs fort, der vor allem in Osteuropa zu schweren Konflikten mit Russland geführt hat. Anstatt immer neue Aufrüstungspläne in Osteuropa zu schmieden, sollte das Bündnis endlich aus der Eskalationsspirale aussteigen und den Dialog mit Russland suchen.

Während sich die NATO-Größen in ihrem neuen Prachtbau einbunkern und von Sicherheitsbeamten und Polizei abgeschirmt werden, demonstrieren heute Tausende in Brüssel gegen die EU-NATO-Militarisierung und gegen Trump um damit ein Zeichen für eine Welt der Solidarität und des Friedens zu setzen.



Sabine Lösing, Mitglied des Europäischen Parlamentes, Fraktion GUE/NGL, Foto: Louise Schmidt

Zucker-Kasten

Wo drückt der Schuh in Erkner und Umgebung?

Podiumsdiskussion mit Thomas Nord (Mitglied des Bundestages, Direktkandidat der LINKEN zur Bundestagswahl am 24. September im Oder-Spree-Kreis) und dem Mitglied des Brandenburger Landtages **Dr. Volkmar Schöneburg**

21. Juni 2017, 19 Uhr, Erkner, Gerhart-Hauptmann-Museum (Gerhart-Hauptmann-Straße 1)

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Julia Wiedemann in Woltersdorf zum Tag der Befreiung am 8. Mai



Sowjetisches Ehrenmal und Gedenktafel für von Faschisten ermordete ausländische Bürger auf dem Thälmannplatz in Woltersdorf

Foto: © A.Savin, Wikimedia Commons



Bürger legten Blumen und Kränze nieder.

Das Motto des 8. Mai, des Tages der Befreiung, lautet „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ Doch müssen wir in diesen Tagen erleben, dass wir uns mehr und mehr wieder von diesen Zielen entfernen.

Damals am Ende des Zweiten Weltkriegs hofften viele, dass dies das Ende aller Kriege sei, dass die Erfahrung der Gewalt und des millionenfachen Sterbens, das Trauma des industriellen Massenmords und der völligen Zerstörung ganzer Städte sich so sehr eingegraben hat in die Erinnerung der Menschheit, dass niemand mehr bereit wäre Krieg zu führen, dass

die Menschen daraus gelernt hätten und zukünftig ihre Konflikte friedlich lösen würden.

Doch wurde diese Hoffnung leider nicht wahr. Es gab einige Kriege seitdem. Das Ende der Blockkonfrontation des Kalten Krieges und das Zusammenwachsen Europas gaben erneut für einige Anlässe zur Hoffnung. Doch leider stellt das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung seit ein paar Jahren wieder einen Anstieg in der Zahl der bewaffneten Konflikte fest.

Wir leben in einer Welt, in der ein Mann in den USA in das höchste Amt des Staates gewählt wurde, der auf Polarisierung und Konfrontation setzt, der lieber zündelt, als diplomatisch vorzugehen. Wir leben in einer Welt, in der mit dem Krieg in der Ukraine der Krieg auch wieder nach Europa gekommen ist, in der Europa erneut die Konfrontation mit Russland sucht, in der die NATO ihre Mitgliedsstaaten auffordert, aufzurüsten und mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in ihre staatlichen Rüstungsausgaben zu stecken, und in der auch deutsche Rüstungskonzerne bei dieser Entwicklung profitieren. Der deutsche Konzern Rheinmetall hat ausgerechnet in dieser Zeit vor, eine Panzerfabrik in der Türkei zu bauen, in einem

Land, das sich in eine Diktatur entwickelt und in dem Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Rheinmetall plant nicht nur, die Türkei vor Ort mit Panzern zu versorgen, sondern auch andere Länder des Nahen Ostens um die deutschen Ausfuhrbestimmungen zu umgehen. Die Frage des Friedens könnte also in der heutigen Zeit aktueller nicht sein.

Der zweite Teil der Losung des 8. Mai heißt „Nie wieder Faschismus!“ Ausgerottet war der Faschismus nie ganz, aber seit einiger Zeit erleben wir, wie weltweit nationalistische und rassistische Kräfte neuen Zulauf bekommen. Trump hat in den USA mit einer Kampagne gewonnen, die sich massiv gegen Einwanderung richtete und in der es hieß „America first“. In Ungarn und auch in Polen haben wir rechte Regierungen an der Macht, die Demokratie einschränken. Von der Türkei, die sich eine Diktatur verwandelt, habe ich schon gesprochen. Und auch hierzulande ist am 7. Mai erst mit der AfD eine rassistische und rechtspopulistische Partei in den nächsten Landtag eingezogen, eine Partei, die in ihrem Grundsatzprogramm zu stehen hat, dass „die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des deutschen Nationalsozialismus ... zugunsten einer erweiterten Geschichtsbeurteilung“ aufzubrechen sei. Eine Partei, deren Mitglied Björn Höcke das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnet, eine Partei, die im Kampf gegen den Faschismus nur einen „ideologischen Kampfbegriff“ sieht. Ausgerechnet am 8. Mai rufen erstmals AfD und PEGIDA in Dresden gemeinsam zu einer Kundgebung auf. Da ist es fast schon ein Hoffnungsschimmer, dass bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich Marine Le Pen deutlich unterlegen war und die Mehrheit der Franzosen Rassismus und Nationalismus eine Absage erteilt hat.

Der Tag der Befreiung ist nicht irgendein Tag in der Geschichte, der in der Vergangenheit liegt. Er ist vielmehr stetige und aktuelle Mahnung an uns, die Aufgabe „Befreiung vom Faschismus“ fortzusetzen, jetzt mehr denn je.



Julia Wiedemann spricht in Woltersdorf.

2 Fotos: Klaus Viergutz